

## Presseerklärung

StGB NRW-Numm. 18/2011  
Düsseldorf, 1. August 2011

### **Kommunaler Spitzenverband unterstreicht die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements älterer Menschen**

### **Kommunale Seniorenpolitik aktiv gestalten**

Im Rahmen eines Kooperationsgesprächs haben die Landesseniorenvertretung NRW sowie der Städte- und Gemeindebund NRW heute folgende gemeinsame Positionen zur kommunalen Seniorenpolitik festgehalten:

- Kommunale Seniorenpolitik ist ein Kernelement sozialer Daseinsvorsorge, das örtlich integriert und regional vernetzt mit dem Ziel verfolgt wird, die selbstbestimmte Teilhabe Älterer einschließlich ihrer aktiven Mitgestaltung von Gesellschaft und Politik zu fördern, die seniorenbezogenen Infrastrukturen und Dienstleistungen präventiv ausgerichtet quartiersnah zu vernetzen sowie in der Öffentlichkeit für ein an Potenzialen und nicht an Defiziten orientiertes Bild vom Alter einzutreten. Der Querschnittcharakter der Seniorenpolitik erfordert, dass sich das gemeinsame Handeln aller Beteiligten nicht auf die primär seniorenspezifischen Bereiche beschränkt, sondern das gesamte Lebensumfeld und Generationengeflecht mit in den Blick nimmt.
- Ohne das Engagement insbesondere der kommunalen Seniorenvertretungen und der Einbeziehung des Know-how älterer Menschen über Seniorengremien und -beauftragte sowie Seniorenbüros und -agenturen wäre der inzwischen erreichte Stellenwert von Seniorenarbeit und -politik in den Städten und Gemeinden des Landes undenkbar. Ein zielgerichteter Ausbau der politischen Partizipation Älterer an kommunalen Projekten und Entscheidungen liegt deshalb im Eigeninteresse der örtlichen Gemeinschaften; er erfordert aktuell auch keine gesetzgeberischen Aktivitäten, sondern vor allem ein vitales Bewusstsein für die Chancen einer aktivierenden Sozialpolitik, die Stärken des Alters und letztlich die Generationensolidarität.
- Gemeinwesenorientierte Seniorenarbeit und kooperative Gestaltung einer Politik für ältere Menschen durch Staat, Kommunen, Freie Wohlfahrtspflege, Wissenschaft, Unternehmen, Verbände sowie bürgerschaftlich Engagierte sind die Basis aller Strategien, menschliche Würde und individuelle Persönlichkeit im Alter zu erhalten, der großen Vielfalt von Lebenslagen im Alter gerecht zu werden sowie eine positive Entwicklung des demografischen Wandels zu erreichen. Gewährleistet werden muss ein engmaschiges Netzwerk Seniorenpolitik, bei dem die Kommunen im Verbund

mit den Wohlfahrtsverbänden Federführung haben und das Land eine moderierende, initiierende, fördernde und qualifizierende Funktion übernimmt.

- Kommunale Seniorenpolitik lebt vom Dialog zur Lebenssituation älterer Menschen, zu ihren spezifischen Belangen und Interessen, zu den Zielen intergenerativer Projekte sowie zur Wirksamkeit seniorenbezogener Konzepte und Maßnahmen. Begrenzte finanzielle Ressourcen zwingen zu noch umfassenderer Abstimmung der seniorenpolitischen Schwerpunkte der jeweiligen haupt- und ehrenamtlichen Akteure. Soziale und politische Partizipation Älterer ist ein zentraler Ansatzpunkt zur Gewinnung bzw. Wahrung notwendiger Synergien und Handlungsspielräume gerade auf kommunaler Ebene. Landesseniorenvertretung NRW und Städte- und Gemeindebund NRW sind sich vor diesem Hintergrund einig in dem Appell, dass alle Möglichkeiten gemeinsamer Impulse für eine aktive Gestaltung der Seniorenpolitik vor Ort und in der Region genutzt werden müssen.

Im StGB NRW-Seminar „Seniorenpolitische Konzepte: Leitlinien und Erfolgsbedingungen“ am 24. November in Münster unter Beteiligung der LSV NRW sollen die gemeinsamen seniorenpolitischen Positionen vertiefend behandelt werden.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Geschäftsführer Ernst Giesen, StGB NRW,  
Tel. 0221-4587-241